



Staatsanwaltschaft darf kein politisches Spielzeug sein! Richterverein zum Konflikt um die Verfolgung von Bagatellkriminalität

Bautzen, den 30. Juli 2021: Im Streit zwischen Justizministerin Katja Meier und Generalstaatsanwalt Hans Strobl um die Verfolgung von Kleinkriminalität appelliert der Sächsische Richterverein (SRV) an die Beteiligten, den Streit schnell beizulegen.

Inhaltlich wendet sich der SRV gegen jegliche politischen Vorgaben für die Arbeit der Staatsanwälte. Dies untergrabe ihre vom Gesetz vorgegebene Objektivität. Welche Taten wie zu bestrafen seien, ergebe sich allein aus den Strafgesetzen. Finden sich politische Mehrheiten für eine strengere oder eine nachgiebigere Strafrechtspolitik, sollten die Strafgesetze geändert werden. Stattdessen ihre Durchsetzung politisch steuern zu wollen, ist für den Rechtsstaat auf Dauer gefährlich.

Der Landesvorsitzende des SRV, Reinhard Schade, sagte heute dazu: „Der Konflikt zwischen der Justizministerin und dem Generalstaatsanwalt um die Verfolgung der Bagatellkriminalität hat ein Niveau erreicht, das der Justiz als Ganzes und vor allem der Autorität der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte schadet. Die Justiz und die Strafverfolgung müssen von politischem Einfluss frei bleiben. Wie wichtig das ist, zeigen die Entwicklungen in einigen unserer Nachbarländer leider nur zu anschaulich. Ich appelliere daher, den für das Ansehen der Strafjustiz schädlichen Streit auf offener Bühne rasch beizulegen.“

Der Sächsische Richterverein ist der größte Berufsverbandverband der Richter und Staatsanwälte und deren Spitzenorganisation in Sachsen. Er ist der sächsische Landesverband im Deutschen Richterbund, der bundesweit rd. 16000 Mitglieder unter seinem Dach vereinigt.

*Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:
Reinhard Schade, Vorsitzender des SRV, Tel.: 03591/361-142*